

Sehr geehrter Sean Elias Ansa,

Wir nehmen ihren Artikel „100 Milliarden für den Klimaschutz“ erschienen in der „taz“ am 14.9. 2022 zum Anlass uns zu den Forderungen und Kritikpunkten der Fridays For Future Bewegung zu positionieren, da wir ihren Artikel als zu neutral in dieser stark polarisierten Debatte auffassen.

Zuerst einmal sind wir der Meinung der Klimaaktivisten und Aktivistinnen. Es ist nun mal an der Zeit für eine Revolution, denn da, wo Vernunft und Kapitalismus nicht mehr Hand in Hand gehen, beginnt eine Abwärtsspirale, die es jetzt zu brechen gilt. Allein der Fakt, dass die Bundesregierung bereit ist 100 Milliarden Euro für etwas zu bezahlen, das Wort wörtlich zum Töten gemacht ist und hinsichtlich einer nuklearen Bedrohung keinesfalls zielführend sein kann, zeigt an welchem Punkt sich die Gesellschaft, die der Bundestag repräsentieren soll, befindet. Eine durch Korruption und Lobbyismus zersetzte Regierungsmarionette der vergangenen 20 Jahre hat alles daran gesetzt, die brennende Erde mit russischem Gas und norwegischem Öl zu löschen, was wie zu erwarten nicht erfolgreich war. Das Ganze wiederholt sich indessen durch nicht zielführende Maßnahmen zur Senkung des Energiepreises. Anstatt das Problem direkt zu bekämpfen, fokussieren sich die Maßnahmen lediglich auf die Folgen der Energiepolitik. Kohle, Gas und Öl sind schon lange nicht mehr wettbewerbsfähig, geschweige denn lukrativ und müssen staatlich subventioniert werden. Ihre Folgen auf Umwelt und Gesundheit der Menschen weltweit übersteigt zudem jährlich die aller durch menschengemachten Nuklearkatastrophen zusammen verursacht wurden. Trotzdem sollen Atomkraftwerke abgeschaltet werden, da sie zu gefährlich seien. Und auch ein verschärftes Gesetz, das die Errichtung von Windparks statt Kohlekraftwerken subventionieren und vereinfachen kann, scheint nicht verabschiedet zu werden. Stattdessen wird die Installation von regenerativen Energiequellen durch die bürokratischen Irrwege des deutschen Regierungs- und Verwaltungswesens und Gruppierungen wie Vernunftkraft und der AFD zur Nichte gemacht. Auch das Argument der Regierungsbeamten, eine Finanzierung derartiger Pläne wäre aufgrund von Schuldenbremse und besonderer Einflüsse nicht möglich, ist nicht nur schlichtweg falsch, sondern auch noch hochgradig pervers. Dass eine Wirtschaftsnation, wie Deutschland nicht dazu in der Lage sein soll, gleichermaßen viel Geld für Klimaschutz, wie für Rüstung aufzubringen, wirkt gerade zu lächerlich. Man solle hier lieber Schulden vermeiden, wozu entgegnet werden muss: Was bringt uns eine schwarze Null in einer brennenden Welt.

Doch auch FFF führt einige weniger zutreffende Argumente ins Feld. Eine Finanzierung über Übergewinnsteuern klingt zwar gut, jedoch nur so lange, bis einem auffällt, dass genau dieses Geld jetzt schon für die Entlastung der steigenden Energiepreise benötigt wird. Zudem fordern sie ein 9 bzw. 0-Euro-Ticket, jedoch gibt es hier keinen absoluten Konnex zwischen 9-Euro-Ticket und vermindertem Autoverkehr in der Bundesrepublik. Auch handelt es sich bei FFF um eine verhältnismäßig privilegierte Gruppierung, welche Maßnahmen fordert, die einigen Bürger:innen, die auch ohne kostenintensiven Klimaschutz nur kaum oder gar nicht über die Runden kommen, das Genick brechen könnten. Auch verschiebt die Forderung nach Finanzierung von Klimaschutz-Projekten in Dritte-Welt-Ländern den Fokus künstlich von uns weg. Nicht nur Deutschland, sondern alle Industrienationen haben einen deutlich höheren CO₂-Fußabdruck pro Kopf als jedes Dritte-Welt-Land. Deshalb wirkt es hier fast zynisch, die bitter nötigen Gelder für ein gelinde gesagt kleines Problem auszugeben. Alles in allem sind FFF zwar unserer Meinung nach im Recht und ein Großteil ihrer Forderungen sind auch sehr dringlich und richtig, jedoch fehlt es ihnen an Realismus und ihre Pläne wirken dadurch für viele Menschen in Deutschland als Hirngespinnst einer privilegierten Jugend, was ihre sonst wichtige Arbeit leider ein wenig befleckt und ihre Sympathie in allen Schichten, die sie wirklich nötig haben, schmälert. Klimaschutz geht nur gemeinsam, jedoch rückt Deutschland nicht einmal in Zeiten eines gasfreien Winters nicht weiter zusammen, sondern wird immer mehr zu einem Land der Spaltung.